



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Der Bundesrat

Coronavirus: Bundesrat plant Impfoffensive

Bern, 01.10.2021 - Der Bundesrat will gemeinsam mit den Kantonen die Impfanstrengungen nochmals intensivieren, um die Epidemie in der Schweiz möglichst bald beenden zu können: In den nächsten Wochen sollen möglichst viele Personen erreicht werden, die noch unentschlossen sind und für einen Impfscheid noch Informationen benötigen. Der Bundesrat hat deshalb an seiner Sitzung vom 1. Oktober 2021 Pläne für eine Impfoffensive in Konsultation geschickt. Geplant sind eine nationale Impfwuche, rund 170 zusätzliche mobile Impfstellen, persönliche Gespräche sowie Gutscheine für Impfberatung. Diese Beratungsgutscheine sollen Privatpersonen erhalten, die einer anderen Person beim Entscheid für eine Impfung wesentlich geholfen haben. Ausserdem hat der Bundesrat beschlossen, dass Personen unter 16 Jahren sowie einmal geimpfte Personen sich weiterhin gratis testen lassen können, um ein Covid-Zertifikat zu erhalten.

Die Ansteckungen mit dem Coronavirus gehen derzeit zurück. Allerdings bleibt die Situation auf den Intensivstationen angespannt. Wegen der hohen Zahl nicht-immuner Personen und der hochansteckenden Deltavariante besteht während den kühleren Herbst- und Wintermonaten noch immer ein erhebliches Risiko einer weiteren Infektionswelle, welche die Spitäler stark belasten könnte.

Schweiz beim Impfen im Rückstand

Rund 57 Prozent der Gesamtbevölkerung sind in der Schweiz vollständig geimpft. Damit hat die Schweiz eine der tiefsten Impfraten in Europa. Mit der Ausweitung der Zertifikatspflicht ist die Nachfrage nach einer Impfung in den letzten Wochen zwar etwas gestiegen, in den letzten Tagen hat sich die Impfgeschwindigkeit aber bereits wieder verlangsamt.

Die Impfung ist der Schlüssel zum Ausstieg aus der Krise. Sie ist sicher und schützt sehr gut vor einer Infektion. Wer sich trotz Impfung ansteckt, erkrankt zudem sehr viel seltener schwer. Nur mit einer deutlich höheren Impfquote kann die Bevölkerung immunisiert und vor schweren Erkrankungen geschützt werden. Nach heutigem Wissensstand dürfte bei den Über-65-Jährigen eine Impfquote von 90 bis 95 Prozent nötig sein, um die Massnahmen aufheben zu können. Aktuell sind es 88.5 Prozent, die sich mindestens einmal haben impfen lassen. Bei den 18-65-Jährigen dürfte eine Impfquote von rund 80 Prozent nötig sein. Derzeit sind es rund 71 Prozent.

Bund plant eine Impfoffensive

Nach der grossen Nachfrage in der ersten Phase der Impfkampagne brauchen die Leute zunehmend mehr Informationen, bevor sie ihren Impfentscheid fällen. Dank einer gemeinsamen Impfoffensive von Bund und Kantonen soll ein niederschwelliger Zugang zur Impfung geschaffen und die Impfquote in der Schweiz stark erhöht werden. Im Zentrum der Offensive stehen Menschen, die für eine Impfung noch vertiefte Informationen benötigen und noch unentschieden sind. Ein negativer Impfentscheid wird selbstverständlich respektiert.

Die Impfoffensive besteht aus vier Teilen: einer nationalen Impfwoche, zusätzlichen mobilen Impfstellen, persönlichen Informationsangeboten und Gutscheinen für erfolgreiche Impfberatung.

Nationale Impfwoche

Eine nationale Impfwoche von Bund und Kantonen soll den hohen gesamtgesellschaftlichen Nutzen der Impfung betonen. Ziel der Impfwoche ist es, mehr Menschen vom Nutzen einer Impfung zu überzeugen, indem verlässliche Fakten zur Impfung auf verständliche Art und Weise vermittelt werden, etwa zur Wirksamkeit, zur Sicherheit, zu den Nebenwirkungen, zu den gesundheitlichen Risiken einer Infektion oder zu den Impfmöglichkeiten. Vorgesehen sind unter anderem Informationsveranstaltungen, die von den Kantonen, Gemeinden und diversen Organisationen (z.B. Kirchen, Sportvereine) organisiert werden sowie eine Impfhotline.

170 zusätzliche mobile Impfstellen

Impfbusse sollen die Impfung direkt zu den Leuten bringen – auf den Dorfplatz, an den Arbeitsplatz, auf den Fussballplatz, vor die Universität, zum Einkaufszentrum oder vor die Disco. Sie sollen die Menschen individuell ansprechen und informieren sowie ein niederschwelliges Impfen ermöglichen. Ziel ist, dass zu den bestehenden rund 50 Impfbusen zusätzlich rund 170 Busse und andere mobile Einheiten während mehrerer Wochen in der Schweiz unterwegs sind.

Möglichst viele Menschen persönlich kontaktieren

Der Impfentscheid ist für viele Personen ein längerer Abwägungsprozess.

Beratungspersonen sollen gezielt und individuell auf die noch nicht Geimpften zugehen und mit ihnen das Gespräch suchen. Schweizweit sollen rund 1'700 Beratungspersonen die Beratung durch Gesundheitsfachleute ergänzen. Die Beratung soll während mehrerer Wochen angeboten werden und per Telefon, über die sozialen Medien oder persönlich vor Ort stattfinden.

50 Franken-Gutschein für erfolgreiche Impfberatung

Die Anstrengungen des Bundes und der Kantone sollen durch den direkten Einbezug der gesamten Bevölkerung ergänzt und vervielfacht werden: jede und jeder kann mithelfen, einen Freund, Nachbarn, Arbeitskollegen oder ein Familienmitglied vom Nutzen der Impfung zu überzeugen. Diese Mithilfe der Bevölkerung soll belohnt werden. Jede neu geimpfte Person soll eine Person angeben können, die für ihren Impfentscheid wichtig war. Diese Person erhält vom Kanton als Entschädigung für ihre Mithilfe einen Gutschein über 50 Franken per Post zugestellt. Die Kantone entscheiden individuell, wo der Gutschein eingelöst werden kann, zum Beispiel im Kino oder in einem Restaurant.

Investition von maximal 150 Millionen Franken

Die Kosten der Impfoffensive belaufen sich maximal auf 150 Millionen Franken. Der Bundesrat erachtet dies als nachhaltige Investition, verglichen mit den aktuellen Testkosten von rund 50 Millionen Franken pro Woche. Der gesundheitspolitische und wirtschaftliche Nutzen einer hohen Impfquote ist unbestritten: Im Schnitt kann pro 100 Impfungen eine Hospitalisierung und pro 250 Impfungen eine Belegung auf der Intensivstation vermieden werden. Hinzu kommt, dass weitere Kosten gespart werden können: Eine erhöhte Impfquote ermöglicht, die aktuellen Massnahmen ganz oder teilweise aufzuheben. Dies kommt insbesondere den betroffenen Branchen wie der Gastronomie und Hotellerie, den Fitnesszentren oder der Unterhaltungsindustrie zu Gute. Die Konsultation läuft bis am 6. Oktober, am 13. Oktober entscheidet der Bundesrat.

Massnahmen fördern, welche die Pandemie beenden können

Der Bundesrat hat nach Konsultation der Kantone, der Sozialpartner und weiterer Kreise heute zudem entschieden, die Kostenübernahme für Tests für Covid-Zertifikate nicht generell über den 10. Oktober 2021 hinaus zu verlängern. Er will die finanziellen Anstrengungen des Bundes auf diejenigen Massnahmen fokussieren, die das Ende der Pandemie herbeiführen können. Die sehr hohen Kosten für die Tests sollen zudem nicht mehr von der Allgemeinheit getragen werden. In der Konsultation unterstützen die Kantone grossmehrheitlich diese Position. Der Bundesrat hat deshalb entschieden, nicht auf

die Forderungen der beiden Parlamentskommissionen einzugehen, die eine Verlängerung gefordert hatten.

Kostenloses Testen für Erstgeimpfte und Jugendliche

Der Bundesrat verlängert allerdings gezielt das kostenlose Testen für bestimmte Gruppen. Zum einen finanziert der Bund bis Ende November 2021 die Tests (Antigen-Schnelltests und Speichel-PCR-Pool-Tests) von Personen, die eine erste Impfung erhalten haben, jedoch noch kein Zertifikat haben. Zum anderen haben weiterhin alle Personen unter 16 Jahren kostenlos Zugang zu Tests.

Bund übernimmt Kosten für die Ausstellung von Zertifikaten bei repetitiven Tests

Als Anreiz für das repetitive Testen soll zukünftig die Ausstellung von Zertifikaten beim repetitiven Testen neu vom Bund finanziert werden. Heute verzichteten einige Anbieter auf die Ausstellung von Zertifikaten, da die Kosten durch den Auftraggeber bezahlt werden müssen, etwa durch den Kanton oder den Betrieb. Mit dieser Anpassung nimmt der Bundesrat eine Forderung des Parlaments auf. Es ist mit einer Übergangsfrist zu rechnen, bis sämtliche Labore und Kantone ihre Prozesse umgestellt haben.

Nationale Antragstelle Covid-Zertifikate

Alle Personen, die mit einem von der Europäischen Arzneimittelagentur EMA zugelassenen Impfstoff geimpft sind und in der Schweiz ein Zertifikat benötigen, können ein Schweizer Covid-Zertifikat beantragen. Um dies zu erleichtern und die Kantone zu entlasten, baut der Bund eine zentrale elektronische Antragstelle für Covid-Zertifikate auf. Dies hat der Bundesrat nach der Konsultation heute entschieden. Damit fällt für die Kantone die Notwendigkeit weg, solche Plattformen aufzubauen.

Die Antragstelle wird ab dem 11. Oktober 2021 zur Verfügung stehen. Die aktuell bis am 10. Oktober 2021 geltende Übergangsfrist für die Zulässigkeit von anderen Impfnachweisen wird bis am 24. Oktober 2021 verlängert.

Adresse für Rückfragen

Bundesamt für Gesundheit
Infoline Coronavirus +41 58 463 00 00
Infoline Covid-19-Impfung +41 58 377 88 92

Dokumente

 [Covid-19-Verordnung 3](#) (PDF, 446 kB)

 [Covid-19-Verordnung besondere Lage](#) (PDF, 379 kB)

 [Covid-19-Verordnung internationaler Personenverkehr](#) (PDF, 394 kB)

 [Covid-19-Verordnung Zertifikate](#) (PDF, 385 kB)

Links

[Konsultationen Kantone](#)

Herausgeber

Der Bundesrat

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>

Eidgenössisches Departement des Innern

<http://www.edi.admin.ch>

Bundesamt für Gesundheit

<http://www.bag.admin.ch>

<https://www.admin.ch/content/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85336.html>